

Volksmacht

Die Volksmacht erscheint wöchentlich einmal am Sonnabend.
 Bezugspreis monatlich 25 Pfg., vierteljährlich 75 Pfg., einschließlich Trägertlohn. In den Abholstellen monatlich 20 Pfg. Durch die Post bezogen vierteljährlich 75 Pfg., einschließlich Bestellgeld. Einzelnummer 5 Pfg.

Anzeigenpreise:
 Die ungefaltete Petitzeile 20 Pfg., für auswärts 30 Pfg., die ungefaltete Kellamezeile 60 Pfg. Arbeitsmarkt und Wohnungsanzeigen 10 Pfg. Anzeigen mit Platzbestimmung werden besonders berechnet.
 Bei Wiederholung Rabatt laut Tarif

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition
 Paradiesgasse Nr. 32

Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion und Expedition 3290

Nr. 2

Danzig, Sonnabend den 15. Januar 1916

7. Jahrgang

Uneheliche Kriegswaisen

Wir lesen in der Welt am Montag. Selbst wer den Krieg für eine Abgeschmacktheit, eine Unvernunft, einen Wahnsinn hält, wird nicht leugnen können: im einzelnen hat er viel Vernünftiges zutage gefördert. Denn er sei, was er wolle, ganz bestimmt ist er ein zwingender *Profiand*. Hat doch von jeher historische Rücksichten, man's Wunder beiseite und riß Köpfe mit der Wurzel aus. Der Zwang schnell und hinreichend zu handeln, brachte stets die Vernunft zu Ehren. Und so haben wir es in diesem Kriege mehr als einmal erlebt, daß Instanzen, die wir als die innerlichst gebundenen von jeher ansahen, nun plötzlich höchst geschickte Lösungen sehr verzwickter Fragen fanden. Von den zahlreichen Beispielen, die sich beibringen ließen, heben wir heute eins heraus: die Kriegsunterstützung unehelicher Kinder, deren Väter im Felde stehen. Einer Anregung der Berufsverbände folgend, legte der Reichstag am 4. August 1914 die unehelichen Kinder mit den ehelichen in diesem Punkte gleich.

Diese Entscheidung traf die kriegsmäßige, das heißt schnell und nach einfachen Regeln handelnde Vernunft. Wenn uneheliche Kinder einen rechtmäßigen Anspruch gegen ihre Väter haben, so liegt es auf der Hand, daß der Staat in die Lücke springen muß, wenn er den unehelichen Vätern die Erfüllung ihrer Pflichten unmöglich macht. Das tut er in dem Augenblick, wo er ihre Dienste in Anspruch nimmt, ohne dafür den im bürgerlichen Leben üblichen Lohn zu gewähren. Die Pflicht, ein Kind zu unterstützen, das man erzeugt, ist mehr als eine juristische; sie ist natürlich, man könnte auch sagen: heilig. Alimenterklagen genießen darum auch im Frieden eine Vorzugsstellung. Wo das Geld für jeden anderen Gläubiger unerreichbar ist, ist der Alimenteranspruch immer noch pfändbar. Dieser weitgehende Schutz beruht auf der Erwägung, daß das Kind ja ganz bestimmt für seine Existenz nichts kann. Die logische Folgerung zu ziehen und das uneheliche Kind überhaupt dem ehelichen gleichzustellen, halte man freilich niemals den Mut; man fürchtet, dadurch die Zeugung legitimer Kinder zu beeinträchtigen und die unehelichen zu vermehren. Mit dem Augenblick, wo die überwiegende Mehrheit der Männer ins Feld zog, fiel diese Befürchtung weg. Jetzt wäre die Verweigerung der Unterstützung in der Tat nur eine Bestrafung der unehelichen Kinder gewesen. Bedenklicher wäre nur noch Rückständigkeit gewesen, und so fiel die Entscheidung im Sinne der Vernunft.

Damit ist — wir sagen: leider — freilich die Einsetzung der Unehelichen in alle Rechte noch nicht ausgesprochen. Über eins ist ganz bestimmt errichtet: unter dem Kriegsrecht können sie fortan nicht mehr beeinträchtigt werden, ohne daß der Logik Hohn gesprochen wird. Aus der Bewilligung gleicher Unterstützung ergibt sich als ganz selbstverständlich die Gewährung gleicher Hinterbliebenenfürsorge. Sie steht auf genau derselben Grundlage; und nachdem einmal das A ausgesprochen wurde, darf das B nicht ungesagt bleiben. Die deutschen Berufsverbände, die bei Kriegsbeginn die fruchtbare Anregung gaben, stellen sich denn auch klug und entschlossen auf diesen Standpunkt: sie fordern, was man nicht weigern kann, ohne an Stelle von Gerechtigkeit und Vernunft die Willkür zu setzen. Der Bund für Mutterschutz richtet an Reichstag und Bundesrat eine Eingabe, die ein Gesetz in diesem Sinne verlangt; und es wäre dankenswert, wenn möglichst viele Vereine, Gruppen und Einzelpersonen diese Bestrebungen förderten.

Magistratsrat Dr. Schönberger, der Leiter des Vormundschaftsamt der Stadt Berlin, macht eine Angabe, die schlagend zeigt, daß es sich hier um eine vaterländische Pflicht handelt: von 11 900 Vätern, deren Kinder das Vormundschaftsamt der Stadt Berlin bisher im Kriege bevormundete, haben mehr als 1600, also rund ein Siebtel, die Mutter ihres Kindes geheiratet und damit das Kind zu einem ehelichen gemacht. Es ist ganz sicher, daß die gleiche Zahl vielleicht sogar eine weit größere, nur durch äußerliche Gewalt, vielleicht durch den Tod für das Vaterland — dessen Glied auch das uneheliche Kind ist — von einer gleichen Lösung des Zwiespalts zurückgehalten wurde. Was schon im Frieden schwer zu entscheiden war — ob Leichtsinns oder Verhängnis den Stand des Kindes entschied —, das ist heute, da der Mann nicht mehr Herr seines Schicksals ist, völlig unergründbar. Hier rechnen und rechten zu wollen, hieße, von Staats wegen den Blinden Zufall regieren zu lassen. Das wesentlich zu verschulden, wäre frevelhaft, um so frevelhafter, als das Gesetz vom 4. August 1914 bereits ein Versprechen war, das mit Ehren nicht mehr gebrochen werden kann.

Und es liegt auch auf der Hand, daß das kommende Hinterbliebenengesetz ganz von selbst die Frage im Sinne des selbstverständlichen Fortschritts regeln würde, wenn sich nicht eine zielbewusste Agitation für eine rückwärtige Be-

wegung bereits aufgetan hätte. Die katholischen Frauenorganisationen haben gleichfalls eine Eingabe an Bundesrat und Reichstag gerichtet, in der sie im Interesse des „sittlichen Volksempfindens“, das „in Verwirrung geraten oder zu falschen Schlüssen und Auffassungen kommen“ muß, fordern, keine gleichen Rechte zu geben, sondern nur „Unterstützungen“ mit steter „Prüfung der Bedürftigkeit“ zu gewähren. Es handelt sich also um das Bestreben, einen menschlich tief begründeten Anspruch abzuweisen und dafür, je nach Laune, ein schäbiges Almosen hinzuwerfen, das — weil es an eine ständige Durchschnüffelung der privaten Verhältnisse gebunden ist — die Demütigung zu einer unaufhörlichen macht. Das soll nötig sein, um die „sittliche Kraft unfres Volkes zu stärken“!

Offen gestanden, es scheinen uns heute andre Dinge der Stärkung bedürftiger, als die sittliche Kraft der Männer, die draußen in Schlamm und Schnee vor der Mündung feindlicher Geschütze liegen; und auch andre Seelen dürften die Reinigung mit einer harten Bürste bedeutend nötiger haben, als die der armen Wädel, denen der Krieg mit dem Vater ihres Kindes die Aussicht nahm, je wieder in den „Stand der Ehe“ eingeseht zu werden, der allein das Recht verleiht, solche tugendstrotzende Eingaben zu unterzeichnen. Es werden heute, draußen und drinnen, so viel alle Schulden bezahlt, daß selbst vor den Augen eines strengen Richters die Mehrheit unfres Volkes schmerzhaft dastehen wird, und wären vorher ihre Sünden blutrot gewesen. Und es ist ein Zeichen dafür, daß mancher verdammte Wenzel auszustehen hat, wenn er heute, im Namen einer christlichen Religion, Geißeln für Wehrlose schießt, statt Wunden zu heilen, wie die Liebe tut. Auf diesen Standpunkt wird sich unser Volk nicht stellen können. Es wird jetzt, wo es Leiden gründlich kennen gelernt hat, nicht Leiden verhängen über unschuldige Kriegswaisen, Leiden, die noch brennen, wenn die Schrecken des Krieges längst für die meisten verblaßt sein werden.

Ein bürgerlicher Beamter, der erwähnte Dr. Schönberger, ruft den christlichen Petenten das Wort ihres Herrn zu: „Lasset die Kindlein zu mir kommen!“ Wollen sie, die seinen Namen im Munde führen, den Spruch parodieren, indem sie den Zusatz beifügen: — aber erst zeigt die standesamtliche Beglaubigung eurer ehelichen Geburt!?

Kurlands Geschichte

Im Frühjahr 1199 wurde der Domherr Albert von Uppeldern, ein Neffe des Erzbischofs Hartwich zu Bremen, in letztgenannter Stadt zum Bischof geweiht. Der kriegerische Bischof wurde Heerführer eines Trupps von Rittern, die auszogen, um mit Gewalt im heutigen Livland deutschen Bauern die Möglichkeit der Ansiedlung zu schaffen. Natürlich sollten die Bauern färglich und ihre Schützer, die Ritter, königlich in dem den Slaven entrisenen Lande leben. Bischof Albert war der Höchstkommandierende der Besatzung von 23 Schiffen, die im April 1200 am Ufer der Düna landeten. Ein Jahr darauf wurden an der Mündung des Rigabachs die ersten Häuser der besetzten Stadt Riga gebaut. Im Jahre 1204 wurde ein geistlicher Ritterorden gegründet, der den Namen „Die Schwert tragenden Brüder der Ritterschafft Christi oder Schwertbrüder“ trug. Dieser Orden zwang mit Gewalt die slavischen Einwohner, die deutschen Kolonisten zu dulden; mit Gewalt wurde ihnen auch das Christentum aufgezwungen, denn die weitere Verbreitung heidnischer Anschauungen schürte den Haß gegen die neue Obrigkeit. Der genannte Ritterorden übernahm die Regierung des Landes und sorgte dafür, daß den Rittern von der Arbeit der slavischen und deutschen Bauern der Löwenanteil zufloß. Zu den deutschen Bauern, die sich ansiedelten, kamen noch in den Städten Handwerker und Kaufleute hinzu.

Leicht war es nicht, die Slaven von den Futterplätzen zu verdrängen. Als am 17. Januar 1229 Bischof Albert starb, tobte ein Aufstand der Semgallen und Kuren. Ein Aufstand folgte dem anderen. Die Jüge, durch die die Slaven gezwungen werden sollten, ihr Land den Deutschen zu überlassen, nannte man „Kreuzzüge“. Auf einem dieser Kreuzzüge wurden die Schwertbrüder am 22. September 1236 von den Kuren und Litauern geschlagen. Der Ordensmeister Falkwin und 48 Ritter fielen im Kampfe. Nunmehr verschmolzen die „Schwertbrüder“ mit dem „Deutschen Orden“, der sich kurz zuvor Preußen unterworfen hatte. Der Papst bestätigte die

Verschmelzung beider Orden zu einem durch die Bulle von Biterbo im Jahre 1237. Die Herrschaft des „Deutschen Ordens“ erstreckte sich also nunmehr auch über Livland.

Doch blieb die Vereinigung keine dauernde. Nach einiger Zeit bestanden wieder zwei Orden, wenn auch beide unter demselben Namen; der eine beherrschte Preußen, der andere Livland. Das Königreich Polen wollte aber von den Ordensländern Geld herauschlagen, sie sich tributpflichtig machen. Durch die Schlacht bei Tannenberg am 15. Juli 1410 wurde die Macht des Deutschritterordens in Preußen endgültig gebrochen.

Die Moskowiter suchten nun Livland zu erobern, das bei den Deutschrittern in Preußen keine Hilfe mehr fand. Auch suchten die Slaven Livlands durch Aufstände die Herrschaft der Deutschritter loszuwerden. Doch blieb die Macht des Deutschritterordens in Livland noch anderthalb Jahrhunderte bestehen.

In die Zeit des Ordensmeisters Wolter von Plettenberg fiel die Reformation. In Riga, in Reval und Dorpat fand die Reformation zahlreiche Anhänger. Luther verkündete in einem Sendschreiben seine Anhänger in diesen drei Städten seiner Teilnahme. Die herrschenden Deutschritter waren Priester und Krieger zugleich. Die hohen Steuern drückten die städtische Bevölkerung Livlands. Das Geld, das mit dem Abblatram verdient wurde, wanderte nach Rom. In den livländischen Städten entwickelten sich größere Handwerksbetriebe. Den Meistern war die große Zahl von katholischen Feiertagen un bequem, an denen sie ihre Gefellen nicht beschäftigen durften. Die „geistlichen“ Ritter, die beträchtliche Reichtümer aus dem Lande sogen, lebten keineswegs wie „heilige“ und erwarteten durch ihr vielfach ausschweifendes Leben Anstoß. Alle diese Umstände wirkten zusammen, um der Reformation Anhang zu verschaffen.

Im Jahre 1558, kurz nach dem Tode Wolters von Plettenberg, ergossen sich die Moskowiterhorden über Livland; dem Zaren sollte das Land erobert werden, damit er mit seinem Adel es ausplündern könnte. Die russischen Horden raubten und plünderten alles, was sie auf ihrem Wege an-

trafen. Die Ordensritter flehten das Deutsche Reich (das „heilige römische Reich deutscher Nation“) um Hilfe an, aber Kaiser und Fürsten standen ihnen nicht bei. Dorpat unterwarf sich den Russen.

Mit diesen waren die Dänen und Schweden verbündet, die gemeinsam in das Land kamen. Wenn wir bisher von „Livland“ sprachen, so meinten wir nicht nur das heutige Livland, sondern auch das jetzige Kurland und das jetzige Estland, die von den livländischen Ordensrittern regiert wurden.

Die gemeinsamen Kämpfe Rußlands, Dänemarks und Schwedens waren erfolgreich. Dessel, ein Kreis in Livland, und Kurland wurden von den Dänen besetzt. Estland von den Schweden.

Jetzt sahen die Ordensritter keinen anderen Ausweg, als die Polen zu Hilfe zu rufen. Sie wollten lieber unter polnischer Oberhoheit das Land weiter ausbeuten, als ihre Ausbeutungsrechte an russische, dänische oder schwedische Große verlieren. Der letzte Ordensmeister Gotthard Kettler trat Livland an Polen ab und auch Kurland, nur mit dem Unterschied, daß Kettler als Statthalter des Königreichs Polen erblicher Herzog von Kurland wurde. Er erhielt das Land zum Lehen, d. h. er regierte das Land, aber war gleichzeitig Vasall Polens.

Unter den Nachfolgern des Herzogs Gotthard entstanden die ersten Anfänge eines industriellen Kapitalismus in Kurland, namentlich unter Herzog Jakob, der von 1642 bis 1682 regierte. Eisen- und Kupferhämmer wurden begründet, Papier- und Sägemühlen, Seisenfiedereien und Tuchfabriken entstanden, der Seehandel blühte. Das Land hatte eine aus 44 Schiffen bestehende Kriegsflotte und eroberte zwei Kolonien: Gambia in Westafrika (heute englische Kolonie) und Tabago (eine heute gleichfalls zu England gehörige Insel Westindiens).

Während Herzog Jakob als Untergebener Polens in Kurland regierte, suchte Schweden Livland zu erobern. Im Laufe des Krieges Schwedens gegen Polen wurden Mitau und Bauske in Kurland von den Schweden besetzt. Infolge

des Friedens von Oliva wurde Kurland von den Schweden geräumt. Die beiden Kolonien gingen aber Kurland und Polen verloren, Gambia fiel an England, Tobago fiel zunächst an Frankreich. England und Frankreich hatten sich nämlich während des polnisch-schwedischen Krieges der beiden Kolonien gewaltsam bemächtigt.

Als der letzte Keiler gestorben war, wurde seine Witwe Anna Jarin, weil sie als Nichte Peters des Großen Anspruch auf den Thron der Romanows glaubte machen zu dürfen. Mit ihr kam nach Petersburg eine Reihe kurländischer Großer als Flüchtlinge, unter ihnen Ernst Johann von Bühren (auch Biron genannt). Auf Befehl der Jarin wurde Ernst Johann vom König von Polen jetzt zum Herzog von Kurland ernannt. Der vor den Unterdrückten Kurlands ausgehollt war, wurde jetzt als Oberster der Unterdrückten eingesetzt.

Ernst Johann lebte größtenteils in Petersburg als Ratgeber der Jarin; seine Günstlinge bekamen die bestbezahlten Beamtenstellen in Rußland und Kurland. Die Jarin, die 1740 starb, ernannte den Herzog von Kurland zum Regenten für den erst wenige Monate alten Prinzen Iwan, den sie als ihren Nachfolger bestimmt hatte. Die Mutter des Prinzen Iwan, die selbst Regentin werden wollte, veranlaßte, daß der Herzog durch Gardetruppen verhaftet und nach Sibirien verbannt wurde.

Nun war Kurland ohne Herzog; der Sohn des Herzogs Ernst Johann, Peter, setzte zunächst nicht durch, daß er von der Krone Polen als Herzog von Kurland anerkannt wurde. Seit 1769 wurde Peter als Herzog von Kurland anerkannt, aber bei der dritten Teilung Polens 1795 kam Kurland an Rußland — zur Freude der kurländischen Ritterschaft, die damit einverstanden war, daß das schon vorher zum größten Teil wertlos Polen nunmehr zu existieren aufhörte, und lieber zu Rußland gehörte, denn der Zarismus nahm sich des Adels an. Herzog Peter unterschrieb in Petersburg eine Abdankungsurkunde und bekam noch zeitweilig ein Jahresgehalt vom russischen Reiche. Am 30. August 1795 verließ er mit seiner Gemahlin seine Residenz Witau, in die nunmehr der russische Generalgouverneur Graf Rukhlen einzog.

Schon vorher waren Livland und Estland an Rußland gefallen.

Kriegsnachrichten

Das englische Wehrpflichtgesetz

Aus Rotterdam wird gemeldet, daß der Wehrpflichtentwurf im Unterhause mit 403 gegen 105 Stimmen in erster Lesung angenommen worden ist. Der Entwurf wurde also mit Vierfünftel-Mehrheit angenommen. Nach einer Meldung des Amsterdamer Telegraf gehörten zu denen, die gegen den Gesetzesentwurf stimmten, 58 irische Nationalisten, 36 Liberale und 12 Vertreter der Arbeiterpartei. Zu den Liberalen gehörten Simon, John, Borne; zu den Arbeiter-Abgeordneten, die für den Regierungsentwurf stimmten, Bowermann, Hodge, Barlepp und Duncan.

Außer dem Minister Simon sind wegen der Wehrpflichtfrage noch drei weitere Minister aus dem Ministerium Resquith ausgetreten, nämlich Henderson, Brace und Roberts. Die englische Arbeiterpartei hat sich entschieden gegen die Wehrpflicht ausgesprochen.

Die Konferenz, die sich mit der Frage beschäftigte, stimmte zweimal ab.

Die erste Abstimmung ergab 1750 000 gegen 934 000 Stimmen, die zweite 1 998 000 gegen 783 000 Stimmen. Das Ergebnis wurde durch das Abhängen des Fiedes von der roten Fahne begrüßt. Jedes war die Mehrheit, die für die Ablehnung des Dienstzwanges eintrat, nicht kriegsfeindlich gesinnt, sondern beschloß, daß außer je für freiwillige Rekrutierung und Begrenzung des Krieges zu tun.

Die Beschlüsse nahmen an der Konferenz nicht teil wegen eines Konflikts bezüglich der Abstimmungsweise. Sie werden am 13. Januar eine eigene Konferenz abhalten. Ihr Aktionsausdruck ist uneinig. Der Vorsitzende Emillie ist schärfster Dienstzwanggegner. Der Schwedler Ausschuss beschloß schärfste Opposition.

Ob die britische Arbeiterpartei irgendwelche Konsequenzen aus ihrem Beschluß ziehen und gegen die Durchführung der Wehrpflicht aktiven Widerstand leisten wird, muß abgewartet werden.

Die Gesetzesvorlage macht so zahlreiche Ausnahmen, daß man viele neuerschaffene Wehrpflicht wirklich nur als eine Wehrpflicht mit Hindernissen beschreiben kann. Es werden vom Wehrdienst unter dem Alter zwischen 18 und 41 ausgenommen: 1. zunächst alle Verheirateten, 2. alle, die im Dienste der Behörden stehen und alle Geistlichen, 3. alle, die bei sogenannten nationalen Arbeiten beschäftigt sind, 4. alle, die Verwandte unterstützen, welche von ihnen abhängig sind, 5. alle, die aus Gewissensgründen Feinde des Kriegsdienstes sind. Es sind darunter zum Beispiel die Quäker und die sogenannten Sockler of Friends, 6. alle Schänder. Der mit solchen Ausnahmen gekennzeichnete Kriegsdienst ist nur für die Dauer des gegenwärtigen Krieges angelegt. Man erkennt, daß diese Ausnahmen schon eine sehr große Zahl körperlich tauglicher Männer aus dem Wehrdienste entfernen, eine Zahl, die sich in der Praxis sehr behäblich erweisen wird.

Labour Leader gegen den Dienstzwang

Der Labour Leader vom 31. Dezember veröffentlicht auf der ersten Seite einen Aufsatz, der den Entschluß der Regierung, die Dienstpflicht für die Unterbreiteten einzuführen, auf das Schärfste angreift. Die Einführung der Dienstpflicht wird eine Verletzung der Grundlagen der bürgerlichen Freiheit Englands genannt. Sie würde England aus einem bürgerlichen in einen Militärraum. Die Regierung sage dem Lande eine höhere Niederlage zu, als die deutsche Armee vermocht habe, denn diese könne den Geist, die Seele des Volkes nicht vernichten. Wenn aber das Parlament und das Volk den Vorstoß der Regierung annehmen, würde das die Vernichtung der eigenen Seele bedeuten, nicht die Befreiung Europas vom Militarismus, sondern die Einführung eines Joches in England. Es handle sich nicht um die Zeit der vom Dienstzwang

Betroffenen, sondern um das Prinzip. Das moderne England werde nicht länger sagen können, daß seine Bürger es ablehnen dürfen, ihre Nebenmenschen zu töten, wenn Vernunft und Gewissen es ihnen verbiete.

Nach diesen, wesentlich ethisch-religiösen Gedankengängen kommt der Labour Leader zur Frage des praktischen Verhaltens gegenüber dem gesetzlichen Dienstzwang. Er verkündet Widerstand bis zum äußersten: „Auf den britischen Inseln sind Tausende von jungen Männern, die sich gebunden haben, der Dienstpflicht Widerstand zu leisten. Die Unabhängige Arbeiterpartei hat ihre Entschlossenheit zum Widerstand erklärt und will mit all ihrer Kraft diejenigen Kämpfer unterstützen, die um ihres Entschlusses willen zu leiden haben werden. Die Regierung wird mit der Opposition von Tausenden zu rechnen haben, die lieber jede Strafe auf sich nehmen, als ihre Überzeugung preisgeben werden. Im Haus der Gemeinen können wir auf die Hilfe einer starken Gruppe zählen. Wir hoffen, daß die organisierte Arbeiterschaft im Lande den Ernst der Lage würdigen wird. Wenn die Arbeiterschaft handeln will, kann das Land jetzt noch vor der Erniedrigung, die die Regierung ihm zubereitet, gerettet werden.“

Die nächste Zukunft wird zeigen, wie stark die Kraft ist, die die Gegner des Dienstzwanges der Bewegung für die Dienstpflicht, worin sich ja nicht nur die besitzenden Klassen allein mitreiben lassen, entgegensetzen kann. Jedenfalls aber verdient nicht nur die Kühnheit, womit die Gegner des Regierungsplanes auftreten, sondern auch die Freiheit, die ihrer Meinungsäußerung gelassen ist, überall Beachtung.

Eine russische Phantasiebahn

Die Russen haben vor einiger Zeit in die Welt hinausposaunt, mit Hilfe von Tausenden von Kriegsgefangenen hätten sie eine direkte Bahnverbindung zwischen Petersburg und dem Eismeer mit dem eisfreien Katharina-Hafen an der Wurmanküste als Endstation hergestellt. Im westlichen Europa ist man Lartarennachrichten nicht leicht zugänglich, und man hat mit Recht darauf hingewiesen, daß die Vollenbung einer solchen Bahn, die auf weite Strecken durch ödes, sumpfiges Gebiet führen würde, mehrere Jahre beanspruchen müßte. Man darf auch nicht unberücksichtigt lassen, daß der Boden in jenen unwirklichen Gebieten den größten Teil des Jahres hartgefroren und deshalb mit Spitzhacke und Spaten außerordentlich schwer zu bearbeiten ist. Und wenn wir uns nun etwas näher das Gebiet ansehen, durch das die schon seit zwanzig Jahren auf dem geduldrigen Papier verlaufende Bahn führen soll, soweit die riesige Provinz Archangel in Betracht kommt, dann werden wir über die angeblich mit einer aus Wunderbare grenzenden Schnelligkeit fertiggestellte Bahn Petersburg—Katharina-Hafen noch ungläubiger den Kopf schütteln. Nach dem ursprünglichen Plan soll sie die unfern der westlichen Küste des Weißen Meeres gelegene Stadt Kem berühren. Das Land ist hier außerordentlich reich an Seen, das Klima äußerst rau. Schon Ende August machen sich die Vorbote des Winters bemerkbar, die spärliche, im Innern des Gebiets ansässige Bevölkerung sieht ihre Ernte nicht selten durch Frost und Schnee vernichtet. Auch das etwa 15 Millionen Morgen umfassende Gebiet von Karelian, das sich nördlich von Kem erstreckt, ist voll von Seen und Sümpfen; an öder Unzugänglichkeit wird es jedoch noch von der Halbinsel Kola übertraffen, die sich von den Grenzen Norwegens und Finnlands bis zum Weißen Meere in einer Ausdehnung von ungefähr 100 deutschen Meilen erstreckt. Das Klima ist ein echt nördliches, der Winter beginnt Ende September und währt bis zum Mai. Teils ist die Halbinsel gebirgig, teils besteht sie aus endlosen, mit Moos bewachsenen Wäldern und Sümpfen. Und nun wollen die Russen der Welt glauben machen, sie hätten gemessermäßig im Handumdrehen die Dämme mit dem Eismeer auf so unwegsamen Landstrecken durch einen Schienenstrang in Verbindung gesetzt. Auch englische Blätter bringen bereits seitenbreite Abbildungen und Pläne der Bahn. Wen sucht man damit zu beschwichtigen?

Schluß auf Gallipoli

Als die Engländer am 20. Dezember gezwungen wurden, ihre Stellung in der Suvabai bei Anaforta zu räumen und die dort gelandeten Truppen in aller Hast einzuschiffen, da mußte man bereits, daß das der Anfang vom Ende des Dardanellenschauspiels war und der Bierverband auch bald das noch bei Sedd-ul-Behr besetzte Stück der Gallipoli-Halbinsel aufgeben würde. In der Nacht zum 9. Januar hat sich nun das Erwartete, das unvermeidlich Gewordene vollzogen. Die Türken scheinen mit ihrem Trommelfeuer zur Beschießung des Abzuges beigetragen zu haben, denn andernfalls hätte man sich wahrscheinlich noch ein wenig Zeit gelassen damit. Solange man eben noch da war, hielt man auch das sogenannte „Breitige“, um dezentlicher man sich immer nicht zur Aufgabe des verunglückten Abenteurers entschließen konnte, immer noch an einem Zipfel fest. Die Dinge hatten aber allmählich eine Entwicklung angenommen, daß auch das „Breitige“ nicht einmal zum Schein gewahrt werden konnte. Die lange Dauer des mißglückten Versuchs, die Dardanellen und Konstantinopel einzunehmen, macht das jetzt eingetretene unruhige Ende dieses Unternehmens nur noch schmerzlicher.

Nach Serbien Montenegro

Nach mehrtägigen Kämpfen, bei denen die Montenegriner verzweifelt Widerstand leisteten, erlitten österr.-ungarische Truppen den 1700 Meier hohen Boccen. Dieses Gebirgsmassiv galt als unerreichtbar und bildet den Schlüssel zu der Hauptstadt Cetinje. Da auch auf den anderen montenegrinischen Fronten die Oesterreicher wichtige Stellungen nahmen, scheint der Widerstand Montenegros im Erlahmen begriffen. Mit dem Boccen läßt die Montenegriner 26 Geflüge ein.

Der französische Parteitag

Der zwischen Wälnachien und Neuzharr in Paris tagte, nahm mit überwiegender Mehrheit ein Manifest an, daß sich für die Fortsetzung des Krieges ausspricht.

Rein Persia „Fall“

Im amerikanischen Senat wurde der U-Boot-Krieg eingehend besprochen und als Resultat der Besprechung, bei der es auch nicht an scharfer Kritik der Regierungsmassnahmen und der Unterlassungen fehlte, darf wohl beachtet werden, was die Rätinische Zeitung sich aus Washington durch Funkpruch melden läßt: „Staatssekretär Lansing erklärte heute nachmittags wiederholt, es gäbe keinen „Persia“-Fall, solange die Staatsbehörde nicht den leisesten Beweis eines Torpedos hätte. Lansing weigerte sich, die Frage, ob etwa eine Kanone auf der „Persia“ gewesen sei, zu erörtern, aber eine allgemein verbreitete Ansicht nimmt an, daß die Regierung die Amerikaner davor warnen will, auf bewaffneten Schiffen Ueberfahrten zu machen.“

Die P. und O.-Linie gibt bekannt, daß bei dem Untergang der Persia 166 Personen gerettet wurden und 335 ertranken.

Gesunkene Schiffe

In der Nordsee sank in der Nähe der Insel Tegel ein englisches Unterseeboot. Die Besatzung wurde durch einen niederländischen Kreuzer gerettet. Ein italienischer Dampfer aus Brindisi, der mehrere hundert Tonnen Lebensmittel und 450 montenegrinische Rekruten an Bord hatte, die aus Amerika kamen, lief vor Giovan di Medua auf eine Mine. Das Schiff sank sofort. Von den Montenegrinern ertranken 200. Eine amtliche englische Meldung gibt bekannt, daß das Schachtschiff E d u a r d VII. auf eine Mine gelaufen und gesunken ist. Die Besatzung sei gerettet. Der gesunkene Panzer hatte eine Wasserverdrängung von 17800 Tonnen.

„Die Kanalle Europas“

Unsere Unterseeboote haben Korrespondenzen von Mitgliedern der englischen Seemannschaft und der englischen Militärmission (d. h. in griechische Dienste getretenen englischen Offizieren) aufgefangen. U. a. hat ein englischer Offizier am 3. Dezember aus Athen an einen Oberstleutnant im englischen Kriegsministerium zu London geschrieben:

Ich bin wegen des Angriffes unserer Feinde nicht besorgt. Was ich fürchte, ist die griechische Verräterei. Wir dürfen nicht übersehen, daß dieses Volk die Kanalle Europas ist, und daß es nie etwas selbst erworben hat, sondern daß es entweder von den heutigen Entemächten beschützt wurde, z. B. mit den ionischen Inseln und Kreta, oder daß andere ihm zu Erwerbungen verholfen haben. Zum Beispiel verdanken die Griechen Saloniki den Bulgaren und Serben. Es scheint mir, daß auch eine oberflächliche Kenntnis des griechischen Charakters genügt, um zu erkennen, daß wir Gefahr laufen, von ihnen überfallen zu werden, sobald die Bulgaren und Deutschen an ihrer Grenze stehen.

Politische Rundschau

Senatspräsident Dr. Struß gegen den Belagerungszustand

Im Januarheft der „Deutschen Juristen-Zeitung“ wendet sich der Wirkliche Geheim Oberregierungsrat und Senatspräsident des preussischen Obergerichtes Dr. O. Struß in Berlin dagegen, daß während der ganzen Dauer des Krieges am „Kriegszustand“ festgehalten wird. Er zitiert Dr. Struß schreibt treffend:

„Vor und in den ersten Wochen nach Kriegsbeginn haben wohl wir alle unter der Suggestion gestanden, ein Weltkrieg könne nicht länger als wenige Monate dauern, weil kein Großstaat länger aushalten könne. Die Folgen dieses Irrtums machen sie je länger je mehr auf den verschiedensten Gebieten geltend. Man hat zum Beispiel niemals ernstlich an die Möglichkeit gedacht, der „Kriegszustand“ im Sinne des Artikels 68 der Reichsverfassung jahrelang und im ganzen Reichsgebiet aufrechterhalten zu müßte — wofür übrigens die regierungsfreie im Reichstage angeführten Gründe nicht ausreichen, da sie wohl Ausnahmeregelungen auf einzelnen Rechtsgebieten, aber nicht den uneingeschränkten Übergang der vollziehenden Gewalt auf die Militärbehörden rechtfertigen können —, dann hätte man sicherlich ihm längst zeitgemähere und klarere Rechtsgrundlagen gegeben, als das 64 Jahre alte, völlig veraltet, von vornherein unklare und nur auf einen kurzen Ausnahmestadium bedachten, vom Feinde oder von inneren Unruhen unmittelbar bedrohten einzelnen Gebietsteile zugeschnittene preussische Gesetz vom 4. Juni 1851. Denn es konnte keinem Einflüchtigen verborgen bleiben, daß es je länger, je mehr zu Unzulänglichkeiten führen muß, für längere Dauer und im ganzen Gebiete eines großen Staatswesens, noch dazu eines Bundesstaates, die vollziehende Gewalt“ ohne gesetzliche Begriffsbestimmung und Abgrenzung in den Händen einer größeren Anzahl seiner verfassungsmäßig verantwortlichen Zentralstelle untergeordnet und den in Kriegszeiten doppelt schwierigeren Aufgaben der Staatsverwaltung freud gegenüberstehender Stellen ohne Verfassungs- und wirkliche Rechtskontrolle zu belassen.“

Dr. Struß bespricht dann im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen auch die Kriegsbefolungsordnung.

Die Kriegsbefolungsordnung ist ohne Zustimmung des Reichstages eingeführt worden. Das Geld zu ihrer Durchführung stammt aus den vom Reichstage bewilligten Summen für die Kriegführung. Im Reichstage trat die sozialdemokratische Fraktion für gesetzliche Regelung der Kriegsbefolungsordnung ein, so daß ihre Bestimmungen die Zustimmung des Reichstages finden müßten. Dr. Struß sagt über die Befolungsordnung:

„Werbungs sind die Kriegsbefolungsvorschriften nicht nur ohne Rückwirkung der Volksvertretung erlassen, sondern auch meines Wissens amtlich nicht veröffentlicht, was man beides bedauern kann, weil dem Reichstage längst vor dem Kriege hätte entgegen stehen, daß beides mit den Grundfragen des Budgetrechtes eines Verfassungsstaates nicht verträglich ist, und weil nach dem Kriege doch Rechenschaft über die Kriegsbefolungen der Offiziere und Beamten gefordert und gegeben werden muß. . . . Soweit ist . . . hierüber zuverlässig bekannt, um behaupten zu können, daß diese Befüge wenn auch vielleicht nicht ausnahmslos, erheblich über das, bei langer Kriegsdauer für die Finanzen, das heißt die Steuerzahler, erträgliche Maß hinausgehen. Namhaft höher als im Frieden müssen sie natürlich sein, aber bei weitem nicht in dem Maße, in dem sie es sind. Die Leistungen eines Volksherees können, wie überhaupt, nicht durch die Befolungen des Einzelnen, so insbesondere auch nicht durch überreichliche, nach dem Dienstgrade abgestufte Befolungen seiner Offiziere und Beamten abgegolten werden. Die Gefahren und zeitweisen Entbehrungen im Felde steigen auch nicht mit dem Dienstgrade des Offiziers, sondern richten sich nach der Verwendung des Einzelnen. . . . Besonders wirtschaftliche Opfer bringen im allgemeinen nicht die Berufsoffiziere — die überdies, wenn sie dienstfähig heimkehren, den wirtschaftlichen Vorteil besseren Vorwärtstom mens haben. . . .“

Aus der Partei

Was Kolb will.

Die auf dem linken Flügel unserer Partei stehende Offener Arbeiterzeitung bringt eine Artikelserie Einheit oder Spaltung. In dem dritten dieser Artikel (Nummer vom 6. Januar) ist ein Zitat aus dem Karlsruhe'ger Volksfreund enthalten. Hier legt Kolb das künftige Programm der Sozialdemokratie wie folgt fest:

Es kann gar keine Rede mehr davon sein, daß unsere parlamentarischen Vertretungen künftig „in der Regel“ das Budget ablehnen und ebensowenig können wir in der Militärfrage an dem „Prinzip“ festhalten. „Diesem System fehlen Mann und Meißel.“ Auch in der Frage der Kolonial- und Weltpolitik müssen wir uns anders orientieren. Zu was also das Versteckspiel in all diesen Fragen? Welchen Zweck soll es haben, die Massen darüber im Unklaren zu lassen? Die machen die „prinzipielle“ Politik der Minderheit doch nicht mehr mit. Es hat deshalb gar keinen Sinn, immer wieder die Dinge so darzustellen, als ob es sich bei der Bewilligung der Kriegskredite lediglich um eine durch außergewöhnliche Umstände bedingte außergewöhnliche Maßregel gehandelt hätte, die keinerlei Konsequenzen für die künftige Politik der Sozialdemokratie nach sich ziehe. Das ist ein ebenso verwerfliches als für die Mehrheit gefährliches Täuschungsmanöver. Der 4. August 1914 war der Tag, an dem die Sozialdemokratie ihr politisches Damaskus gefunden hat. Wäre der Krieg nicht ausgebrochen, dann hätte der Gegensatz zwischen revolutionärer Theorie und reformistischer Praxis in der Partei weitergewuchert und wir wären aus dem Dilemma des Widerspruchs noch auf Jahre hinaus nicht herausgekommen. So aber hat der Krieg das Kartengebäude der Katastrophentheorie umgestoßen und uns die Augen über die lebendige Wirklichkeit geöffnet. Wir stehen endlich auf festem Boden mit unserer Politik und suchen nicht mehr mit der Stange im Nebel herum. Nur eine kleine Minderheit schwört noch auf das Dogma des revolutionären Kladderadatsch. Das hat für die Gesamtpartei keine irgendetwas ins Gewicht fallende Bedeutung, wenn die Mehrheit weiß, was sie will und entschlossen ist, den am 4. August 1914 betretenen Weg nicht mehr zu verlassen. Wir können diese Minderheit ertragen — vorausgesetzt, daß sie die politischen Aktionen der Mehrheit nicht zu durchkreuzen versucht. Tut sie das, dann allerdings ist die Spaltung unvermeidlich.

Auch in Westpreußen werden sich die Genossen schließlich für Kolb oder Haase entscheiden müssen. Darum ist es gut, daß Kolb die Ziele seines Strebens so unumwunden darlegt.

Der Parteiausschuß

hat am Freitag und Sonnabend in Gemeinschaft mit dem Parteivorstand in Berlin getagt. Er beschäftigte sich mit dem Stand der Organisation und der Presse, der Situation in der Partei und den Beziehungen zu den sozialistischen Parteien im Ausland.

Der Parteiausschuß nahm am Schluß seiner Verhandlungen mit 28 gegen 11 Stimmen folgende Entschließung an:

„Der Parteiausschuß, nach dem Statut der Partei berufen, über wichtige, die Gesamtpartei berührende Fragen ein Gutachten abzugeben, erklärt zu den Vorgängen in der Reichstagsfraktion und zu der Bewilligung der Kriegskredite:

Die Zustimmung der Fraktion zu den Kriegskrediten am 21. Dezember 1915 war wohl begründet. Sie ist die folgerichtige Fortführung der am 4. August 1914 eingeleiteten Politik, deren Voraussetzungen auch heute noch gegeben sind. Die Gegner zeigen noch feinerlei Beneigntheit zum Frieden, beharren vielmehr auf ihrer Absicht, Deutschland und seine Verbündeten wirtschaftlich und militärisch niederzuerwerfen.

Die Durchkreuzung der Politik unserer Fraktion durch das Vorgehen der 20 Fraktionsmitglieder, die entgegen dem Fraktionsbeschuß die Kredite ablehnten und eine

besondere Erklärung abgaben, ist aufs schärfste zu verurteilen.

Diese Sonderaktion ist zugleich ein scharfer Bruch mit den besten Ueberlieferungen der Arbeiterbewegung und gefährdet die Einheit und Schlagkraft der Partei in bedrohlicher Weise. Sie ist nicht geeignet, die von der Gesamtpartei unternommene Friedensaktion zu stärken und dient den Interessen der Arbeiterbewegung in keiner Richtung. Das Ergebnis des französischen Sozialistenkongresses ist dafür der denkbar durchschlagendste Beweis.

Insbesondere verdient das Verhalten des Genossen Haase die schärfste Mißbilligung. Indem Haase sich an dem Disziplinbruch beteiligte, hat er aufs neue und in noch schlimmerer Weise als durch das „Gebot der Stunde“ gegen die Pflicht verstoßen, die ihm sein Amt als Vorsitzender der Parteio rganisation auferlegt.

Weiter stellt der Parteiausschuß fest, daß der Vorwärts seine Pflichten als Zentralorgan der Partei nicht erfüllt, Statt die Politik der Partei zu verorten, fördert die Redaktion des Vorwärts die auf Parteizerrüttung gerichteten Bestrebungen. Damit vertritt der Vorwärts jedes Recht, als Zentralorgan der deutschen Partei zu gelten.

Wir erwarteten, der Parteiausschuß würde versöhnliche Worte finden und einen Weg der Verständigung zwischen beiden Richtungen zu finden versuchen. Die Resolution des Parteiausschusses zeigt, daß dieser seine Aufgabe anders auffaßt. Die scharfen Worte dienen nicht den Interessen der Partei. Der Vorwärts hat recht: Diese Kundgebung wird neues Öl ins Feuer gießen.

Die Frage der wirtschaftlichen Annäherung Deutschlands an Oesterreich-Ungarn beschäftigte den Parteiausschuß in einer Sitzung, die er gemeinsam mit der Reichstagsfraktion abhielt. Die Verhandlung hatte den Zweck, die Einleitung zu bilden für die Diskussion, die in den Parteien beider Länder über diese Frage einsetzen wird. Die Genossen Dr. Reimer-Wien und Cunow-Berlin hielten die Referate. Diese wurden stenographisch aufgenommen und werden nächstens im Druck erscheinen.

— Erklärungen. Der „Vorwärts“ brachte am Donnerstags folgende Erklärungen:

Der „Vorwärts“ hat in seiner Nummer vom 5. d. M. folgende Notiz der „Königsberger Volkszeitung“ übernommen:

„Einige Blätter haben mitgeteilt, Genosse Haase habe noch am 18. Dezember erklärt, er würde sich dem Fraktionszwange fügen, am 20. Dezember sei er erst anderen Sinnes geworden. Die Behauptung ist unwahr.“

Dazu haben wir zu bemerken: Der Genosse Haase hat dem Fraktionsvorstand am Freitag, den 17. Dezember, erklärt, daß er eine Sonderaktion der Minderheit im Reichstage nicht mitmachen werde. Wenn die Minderheit eine sachlich gehaltene Erklärung abgibt, so könne er das allerdings nicht mißbilligen. Am 20. Dezember hat er dann aber dem Fraktionsvorstand mitgeteilt, daß er sich nun doch an der Sonderaktion beteiligen werde. Dieser Sachverhalt wurde im Beisein Haases der Fraktion mitgeteilt. Haase hat dem nicht widersprochen.

Berlin, 5. Januar 1916.

Der Fraktionsvorstand.

David. Ebert. R. Fischer. Mollenbuhr. Scheidemann.

Die vorstehende Erklärung des Fraktionsvorstandes gibt den Sinn meiner Worte so wieder, wie sie die Unterzeichner der Erklärung aufgefaßt haben. Was ich gesagt habe, war folgendes: Im Gegensatz zu Hoch kann ich es nicht mißbilligen, daß die Minderheit gegen die Kredite stimmt und zur Begründung ihrer

Haltung eine sachliche Erklärung abgibt. Für mich kann ich sagen, daß ich keinesfalls die Erklärung im Plenum verlesen werde.

Haase.

Am Freitag erfolgten folgende Erklärungen:

Der Genosse Haase verliert den klaren Sachverhalt, wie er sich aus unserer übereinstimmenden Erinnerung und aus sofort niedergeschriebenen Notizen ergibt, zu verjähern. Er behauptet, nur gesagt zu haben, er werde die Erklärung der Minderheit nicht verlesen.

Wir stellen demgegenüber fest, daß Haase, genau wie dem Plenum der Fraktion ohne Widerspruch seinerseits berichtet wurde, in der Vorstandssitzung am 17. Dezember erklärte, er werde die Sonderaktion nicht mitmachen. Das ist das allein Entscheidende. Erst am 20. Dezember, als Haase seinen Entschluß, sich an der Sonderaktion doch zu beteiligen, mitteilte, fügte er hinzu, daß er aber die Erklärung nicht selbst verlesen werde.

Berlin, 6. Januar 1916.

Der Fraktionsvorstand.

David. Ebert. R. Fischer. Mollenbuhr. Scheidemann.

Ich beabsichtige nicht, Erklärung „if“ Erklärung zu präpopen. Abschließend bemerke ich nur, daß der von mir angegebene Wortlaut von mir sofort schriftlich fixiert worden ist. Es steht also Niederschrift gegen Niederschrift. Während ich jedoch den Anderen sofort den guten Glauben zubillige, sprechen diese von einem Verschiebungsvorwurf. Das wirkt ein Licht nicht nur auf die Verschiedenheit der polemischen Sitten, sondern zeigt wohl auch jedem Urteilsfähigen, wo das Recht liegt.

Haase.

Jubiläum von Parteizeitungen. Nachdem vor kurzem unser Parteiblatt in Brandenburg a. d. V. auf ein Bestehen von 25 Jahren zurückblicken konnte, war das gleiche am Schluß des Jahres mit der Chemnitzer Volksstimme der Fall. Am 3. Januar folgte das Volksblatt in Cassel mit der Feier des 25jährigen Bestehens. Alle diese Zeitungen haben sich unter schweren Mühen aus kleinen Anfängen heraus zu achtunggebietenden Unternehmungen entwickelt.

Eine neue Parteizeitung in Bremen.

In Bremen geben die Genossen des rechten Flügels seit kurzem unter dem Namen Bremer Korrespondenz ein eigenes Wochenblatt heraus. Angeblich kamen sie in der Bremer Bürgerzeitung, die auf der linken Seite der Partei steht, nicht genügend zu Wort. Als in Stuttgart den linksstehenden Redakteuren Crispian, Hörnle und Walcher von der rechtsstehenden Mehrheit des Landesvorstandes die Ausübung ihrer Tätigkeit unmöglich gemacht wurde, gründete der linke Flügel der Stuttgarter Genossen eine neue Zeitung, den Sozialdemokrat. Das ist ihnen von den Revisionisten verargt worden und als unzulässig bezeichnet worden. Was aber in Stuttgart nicht recht ist, darf in Bremen nicht billig sein.

Danziger Nachrichten

Die Volksfürsorge im Kriegsjahre 1915. Die störenden Einwirkungen des Weltkrieges haben natürlich auch die Organisation der Volksfürsorge sehr hart getroffen. Sind doch seit Beginn des Krieges 458 Rechnungsführer zu den Waffen gerufen worden, für die nicht immer leicht Ersatz zu finden war. In 26 Verwaltungsstellen haben sich in dankenswerter Weise Frauen zur Uebernahme der Geschäfte bereit erklärt.

Es sind keine Tränen mehr...

Es sind keine Tränen mehr in der Welt, sind alle verdampft im Feuer des Schmerzes, durch das klirrende Brausen des mordenden Erzes nur noch der Schrei wahnsinniger Qualen gellt.

Wo geht eine Mutter geht und steht, steigt nimmer zum Himmel ein heißes Gebet, wo geht eine Braut, eine Schwester flint, nimmer des Trostes Geflüster beginnt. Jetzt schauen sie alle starr wie versteinert zum Himmel, ob der ihre Tränen nicht weint.

Aus ihren Kehlen würgt sich ein Schrei, sie krampfen die Finger und Zähne zusammen, aus ihren Herzen steigen nur Flammen, es ist nicht eine kühlende Träne dabei.

Hilfons Pehold.

Oben im Wasgenwald

Vom Meer zum Fels! Trübe Frühdämmerung dringt durch das kleine Fenster. Etwas verwundert schaue ich mich in dem niedrigen Bauernstübchen um, in dem ich erwache. Wo ich auf dem Erdball mich in diesem Augenblick befinde, wohin mich gestern abend das Auto von Straburg her durch Nacht und Nebel getragen hat, weiß ich zurzeit noch nur sehr unvollkommen. Ueber meinem buntgewürfelten, dicken Deckbett an der Wand begrüßt mich ein schönes buntes militärisches Gruppenbild: „Abschied vom Regiment“, auf dem einer der Soldatenköpfe aus einer aufgeklebten Photographie steht. Offenbar der Sohn des Hauses. Draußen rieselt, plätschert, rauscht. Ist das Regen oder ein Bach? Ich springe ans Fenster. Es ist beides. Aber der Bach ist nicht legitim; er ist das Ergebnis der Dachtrausen auf der Gasse eines kleinen Gebirgsdörchens. Alles trieft; vor den Häusern stehen schlammigrote Pfuhle, der Himmel scheint bis zu den Essen herniederzuhängen — der richtige, ordnungsgemäße Morgen für eine Landpartie ins Gebirge.

Nur einiges ist ungewöhnlich im Bilde. In dem großen offenen Torweg mir gegenüber stehen ein paar Wachtposten mit aufgefanztem Seitengewehr, langen Mänteln und dicken Schuhen, in denen sie immer von einem Fuß auf den anderen treten. In dem Hof dahinter sieht man neben nassen Strohhäufen die Wagen einer militärischen Proviantkolonne, und durch die Straßen reiten Husaren, die dicken, strammen, blitzblanken Gänle dampfen von Feuchte. In diesem merkwürdigen Krieg geht es den Köhlein der Keiterei am allerbesten, seit ihre Herren sich gerade so mit an diesem Schützengrabenkrieg beteiligen, wie oben am Meeresstrand die Seeleute.

Eine halbe Stunde später sitze ich mit einem jungen Adjutanten und einigen anderen Stabsoffizieren im „Kasino“ des Generalkommandos, das in diesem Dorfe hier sein Quartier aufgeklagen hat, das heißt in der niedrigen, durch einen großen vorpringenden Kachelofen zwiegeteilten und wie eine alte Meerchaumpfeife „angerauchten“ Schenkstube des Bauernwirtsch Hauses, beim Frühstück. Ich kann nun endlich feststellen, daß ich mich oben in dem seiner Lieblichkeit halber bekanntem Breuschthal befinde, jener breiten Furche, die in nordost-südwestlicher Richtung die nördlichen Vogesen teilt und einen wichtigen Verbindungsweg von der Rheinebene bei Straburg über das Gebirge in das französische Strömgebiet der oberen Mosel bildet. Eine Reise von mehreren Tagen hat mich unmittelbar von der Nordseeküste hierher verfrachtet. Die Ortschaft ist eines der zahlreichen Dörfer in den Vogesen, in denen sich die Bevölkerung größtenteils von der Textilindustrie in der Hauptsache von Baumwollspinnerei, nützt wie sie im Elsass seit langem heimisch ist und sich in den Bergen durch Ausnutzung der Wasserkräfte neuerdings immer lebhafter entwickelt hat. Meine nächste Schlafstube war auch die eines Spinnereiarbeiters gewesen.

Ueber die Gasse hinüber waren in einem anderen bescheidenen Dorfhaus die Amtsräume des Generalkommandos eingerichtet. Hier lernte ich den Kommandierenden General Czjellenz von E... kennen. Er fragte mich nach meinen engeren Wünschen, und auf die Bitte, möglichst vorn an der Front diejenigen Stellungen sehen zu dürfen, die für dieses Kampfgebiet hier besonders charakteristisch wären, nahm mich ein gerade des Wegs fahrender, zufällig hier anwesender Divisionsführer der Armeegruppe gleich in seinem Kraftwagen mit.

Wir folgen zuerst der Breusch aufwärts, die rauschend und übertoll dahinfließ. Dann wand sich der Weg nach rechts ein einsames Tal hinauf, dessen waldunkle Wände sich oben in Nebelmassen verloren. Allmählich verengerte es sich. Endlich eine zwischen waldigen Berglehnen eingesenkte Paßhöhe.

Auf der Straße Wachtposten; zur Seite ein Wirtshaus, weiterhin leere Schützengräben und Spuren vergangener Kämpfe. Es ist der Col du Hanq, die ehemalige Grenzschleife zwischen Deutschland und Frankreich. Von hier steigt der Weg die Westseite des Gebirges hinab. Die Franzosen sprechen das Wort Hanq, das aus dem deutschen „Scharze“ entstanden sein soll, nicht nasal aus, sondern wie wir, und unsere Leute haben den Namen des Passes in „Goldener Hans“ verwandelt.

Endlich hielt das Gefährt vor der Pforte eines weitläufigen Landhauses, dem Sitz des Generalleutnants von R... und seines Stabes, meinem Ziel und Heim für die nächsten Tage. Ich kam gerade zur Mittagstafel. Die Ordnonanz hatte mich angemeldet als der Herr „Kriegsberichterstatter“ Soundso, und ein Teil der Tafelrunde forderte mich lachend auf, doch diesem Titel Ehre zu machen. Ein anderer aber protestierte lebhaft; er schien noch große Taten vorzuhaben.

Die französischen Landjäger haben bei dem Familienjinn und der Sitte des Logierbesuchens in Frankreich fast immer eine Fülle von Gastzimmern und sind mit allen Erfordernissen eines zahlreichen Besuchs ausgestattet. So sind sie die gegebenen Orte für Stabsquartiere. Die gegenwärtigen Bewohner mußten wohl, daß ihre Behausung im Bereich des feindlichen Artillerieversuers lag, schon die ganze lange Zeit, die sie hier haften; und sie waren sich auch vollkommen gewiß, daß der Gegner über ihre Anwesenheit genau unterrichtet war. Es konnte ihm jeden Augenblick einfallen, sie mit Granaten zu überschütten. Indes sie machten sich gar nichts daraus, denn auch sie kannten das Quartier des Kommandierenden der Franzosen ebenso gut; auch dieses lag genau so unter deutschem Artillerieversuer, und sie wußten, daß dies beides auch den Franzosen bekannt war. Es bestand daher eine Art stillschweigenden Kartells zwischen beiden; jeder war überzeugt, in dem Augenblick, wo ich dich in deinem Quartier beschäftige, schießt du mir meines über den Kopf zusammen, und beide schätzten in dieser Jahreszeit — es war Anfang Januar — ein erträgliches Unterkommen gleichermaßen.

Der große Befestigungsgürtel zwischen Deutschland und Frankreich kommt auf der Westseite der Vogesen ungefähr über Blamont und Cirey heran und läuft dann östlich von St. Die vorbei zum Hauptkamm des Gebirges, den er im Südwesten von Martkirch erreicht. Die Linie geht in der Gegend, in der ich mich befand, das heißt in der Breitenlage des Col du Hanq, einige Kilometer westlich an dem Städtchen Senones vorüber. Hier begleitet das Tal des Rabodeaubaches ein langgestreckter Höhenzug in nordwest-südöstlicher Richtung

*) Aus Wegener: „Der Wail von Eisen und Feuer.“ Reich illustriert. Feldpostausgabe 1 Mark. Prachtausgabe 10 Mark. (Leipzig, Brockhaus.)

Zur Frage der Volksernährung

Wo das frische Schweinefleisch bleibt

In seiner Nummer 9 schreibt der Vorwärts:

Die Festsetzung von Höchstpreisen für Schweinefleisch durch das Reich hat bekanntlich bewirkt, daß der Schweineauftrieb auf dem Berliner städtischen Viehhof fast gänzlich aufhörte. Den Interessenten waren die festgesetzten Preise zu gering und sie glaubten wohl durch die Zurückhaltung die Reichsbehörden zu zwingen, die Preise wieder zu erhöhen. Da dieser Wunsch nicht erfüllt wurde, schlachtete Schweine aber auch nicht beliebig lange Zeit gefüttert werden können, so ist doch nach und nach der Auftrieb immer mehr gestiegen. Über trotzdem war Schweinefleisch in den Schlächterläden nicht zu haben. Infolgedessen wurden die Ladenschlächter beschuldigt, daß sie das Fleisch zu Wurst verarbeitet, um einen größeren Verdienst zu erzielen. Wenn auch dieser Vorwurf nicht gänzlich unmotiviert war, so bringt doch jetzt die Berliner Morgenpost eine neue Erklärung für den Verbleib des Schweinefleisches. Sie schreibt in ihrer gestrigen Ausgabe:

Zum gestrigen Berliner Viehmarkt waren rund 6000 Schweine angemeldet worden. Es kamen aber nur 1135 zum Verkauf. Alle anderen Tiere waren vor der Markteröffnung von den Konervenfabriken aufgekauft worden. Das geht nun schon wochenlang so. Die Schlächtermeister sind empört, daß die städtische Verwaltung nicht schon längst Maßnahmen gegen die wilde Konervenfabrikation getroffen hat, die sich in Berlin immer noch geltend macht. Die 17 neuen Fabriken, die seit Kriegsbeginn allein in Berlin begründet worden sind, liefern keineswegs nur für die Heeresverwaltung. Die Schlächtermeister behaupten, daß die Konervenindustrie an Schweinen alles aufkauft, was nur zu erreichen ist, um so ihre eigenen hohen Preise aufrechtzuerhalten. Tatsache ist jedenfalls, daß dem Berliner Markt durch die Massenankäufe der Fabriken das frische Schweinefleisch und Fett entzogen wird. Auch die großen, jeder einheitlichen Regelung entbehrenden Konervenankäufe der Gemeinden mögen schon an den gegenwärtigen unhaltbaren Zuständen sein. Es ist dringend notwendig, daß hier Wandel geschaffen und auch Höchstpreise für Konerven festgesetzt werden. Die heute geforderten und gezahlten Preise sind viel zu hoch.

Im Anschluß an die Darlegungen der Berliner Morgenpost fordert der Vorwärts eine Beschränkung der Herstellung von Schweinefleischkonerven und die Regelung der Konervenankäufe durch die Gemeinden. Die Berechtigung dieser Wünsche wird auch von den Behörden anerkannt werden müssen.

Die Begrenzung der Brotration

Volks Telegraphenbureau meldet amtlich: Berlin, 10. Januar. Die Bestandaufnahme vom 16. November 1915 hat ergeben, daß die Brotgetreidevorräte im Deutschen Reich ausreichen, um die Bevölkerung und das Heer bis zur nächsten Ernte zu ernähren. Es hat sich aber herausgestellt, daß die freieren Maßnahmen, welche bei Beginn des zweiten Wirtschaftsjahres getroffen wurden: Freigabe von Winterkorn und Futterschrot, geringere Ausmahlung und Erhöhung der Brotrotation, bei Verbrauchern und Landwirten die Auffassung erweckten, als wenn unsere Vorräte überreichlich wären und Vorsicht nicht vonnöten wäre. Diese Auffassung ist irrtümlich. Wir müssen auch im zweiten Jahre streng haushalten, wenn wir nicht nur reichen, sondern auch mit einer hinlänglichen Reserve ins nächste Wirtschaftsjahr hinüberkommen wollen. Das Kuratorium der Reichsgetreidestelle hat daher beschlossen, unter vorläufiger Aufhebung der freieren Maßnahmen zu den Bestimmungen des Verteilungsplanes des vergangenen Jahres zurückzukehren und die Tages-Rostmenge wie im Frühjahr 1915 festzusetzen. Für das Bedürfnis der Schwerarbeiter nach stärkeren Brotrotationen wird wie bisher ausreichend gesorgt werden.

Danziger Nachrichten

„Immer feste druff.“

Der Rußwart veröffentlicht im ersten Januarheft folgende Zuschrift eines Offiziers: „Bei meiner mehrwöchigen Kommando nach Berlin besuchte ich verschiedene Theater. Am letzten Tag meines Aufenthalts ging ich in die Kriegsoperette „Immer feste druff“, denn ich sehe gern einmal Volksstücke, in denen keine Lebensstrüßel gelöst werden. Nach einer köstlichen „Mobilmachungseinleitung“, nach einer widerlichen Ausführungsszene mit Alpenglühern im Hintergrund, nach einer Szene, bei der die deutsche Frau eine klägliche Rolle spielt, öffnet sich der Vorhang zum zweiten Male. Losender Jubel, Lächelnschwenken, Jauchzen, Lachen des Gesindes zum Fenster hinaus lassen auf einen pöbelhaft gefeierten Sieg schließen — aber nein: unsere Regimenter ziehen durch die Straßen der Stadt ins Feld. Wer von meinem Bataillon hat damals gelacht, wer hat uns zugejauchzt? Hat unser Volk damals vor Freude getanzt, als seine Söhne in Kampf und Tod zogen? Nun kommt die Portiersfrau, tritt jedem Bediensteten aufs Gesicht, wobei sie ihre rosa-wollenen Strümpfe zeigt, und das Publikum jauchzt und quiekt vor Vergnügen. Im übrigen soll die Portiersfrau die „Berlinerin“ darstellen, sie benimmt sich zu diesem Zweck gefühllos. Ihr Mann steht „natürlich“ unter dem Pantoffel und zeigt sich als vollendeter Trottel — bis er sich als preußischer Feldwebel vorstellt und mit einer Witkarmüge sein Einrüden bekundet; nicht aus Vaterlands- liebe, sondern um von seiner Frau loszukommen. Er bleibt übrigens im Felde der Trottel und hat ebensolche Mannschaften unter seinem Befehl. Die feldgrauen Uniformen exerzieren wie Waschlapfen und tänzeln mit Gewehr über im Operettenschritt auf der Bühne herum. Es wird einem Soldaten nicht ganz leicht, dem zuzusehen! Aber dann wirds noch schöner: ein Gefecht mit Operettenmusik (die Paukenschläge bedeuten Kanonenschüsse), ein „lebendes Bild“ zum Beklatschen: je einem Franzosen und Engländer werden die Hosen geklopft. Aber all das ist noch harmlos gegen die nach der Post einsehende Rührszene mit Abendrotbeleuchtung, als der Gatte an der Traue seiner Gattin zweifelt. Ach, wie „gemütvoll“ ist das! Auch Humanitätsbeweise dem sterbenden Feind gegenüber gibt es mit der Operette zu genießen. Dann ist ein Fliegerleutnant da — „Hosenrolle“. Hierbei ist die Hauptsache, daß die Spielerin ihre Schenkel möglichst hoch zum Stechschritt in die Luft wirft... Nicht ausbleiben durfte

auch die „Verherrlichung“ der kriegsbegeisterten deutschen Studentenschaft. Mit Fahnen und Schlägern, in möglichst buntem Wachs marschieren die Chargierten in das Zimmer ihres Professors herein. Man schildert die deutsche Jugend mit lächerlich-widerlichen Karikaturen. Ihr Sprecher ist ein Bajer mit kosoffalem Bierbauch, als wolle er sagen: „in hoc signo vinces, Germania!“ Man zeige in Paris und London diesen Typ des deutschen Freiwilligen, er wird dort ungemein willkommen sein. Die Schlüßszene des Ganzen: der Held ver- rundet im Lazarett — Wiedererkennung — es trieft wieder von Rührung. So wird Tag für Tag vor gefülltem Haus unser Heer lächerlich gemacht. Ich für meinen Teil sah den großen Krieg, in dem ich meine Freunde verlor, in dem ich selbst zweimal verwundet wurde, tiefer noch als zur Kasse herabgezogen. Wie vielen ging es ähnlich? Man regt sich schämeisterlich über die „Schrift unserer Feinde“ oder über gelegentliche Fremdwörter auf. Kirchenvorstände beider Konfessionen sprechen entrüstet gegen Schönherrs „Weibsteusel“, wegen der „Mona Lisa“ finden manche Kreise neuerdings „Unzucht“ auf der Stuttgarter Hofbühne. Aber „Immer feste druff“ und seinesgleichen läßt man ungehindert. Ich bin wieder im tiefverschneiten Galizien, im Felde. Die Luft weht hier schärfer als in der Heimat. Aber sie scheint mir besser. Ich rufe Sie als deutscher Offizier um Hilfe an. Wir stehen nicht draußen im Kampf, um solche „Kultur Güter“ zu vertheidigen.

Stellenvermittler Ende erneut verurteilt

Mit der Praxis des im Gastwirtsgerber so gut wie allein bestimmenden Stellenvermittlers Johannes Ende mußte sich das Schöffengericht schon am 11. Dezember wiederum beschäftigen. Im September hatte er eine Kriegerfrau nach dem Café Deutsches Haus vermittelt. Nach der Polizeiverordnung durfte er dafür nur 15 Pfennig Gebühren nehmen, er ließ sich aber 1 Mark zahlen. Die zulässige Tage wurde von ihm also beinahe siebenmal überschritten! Diese Tatsache gibt mehr als genügend zu denken. Vor Gericht suchte Ende sich damit zu entschuldigen, daß er die Frau wahr scheinlich durch einen Boten habe holen lassen. Dieser Einwand wurde sofort durch einen Zeugen als unwahr nachgewiesen. Für die Geschäftsverwaltung Endes ist aber auch dieser mißglückte Verteidigungsversuch bezeichnend. Auslagen dieser Art darf er sich nämlich nicht nach eigenem Belieben, sondern nach Vorschrift des Gelehes nur dann bezahlen lassen, wenn er sie vorher mit dem Arbeitsuchenden ausdrücklich vereinbart hatte.

Das Gericht verurteilte Ende zu 30 Mark Geldstrafe oder 6 Tagen Haft. Nach der Urteils-fällung ereignete sich ein Vorfall, der besser als andere beweist, wie weit es durch die Monopolherrschaft dieses Mannes bereits gekommen ist. Die von ihm benachrichtigte Kriegerfrau klagte dem Vorsitzenden des Gerichts, daß Ende ihr wegen einer früheren Aussage Vorhaltungen gemacht habe und daß sie fürchten müsse, von ihm wieder belästigt zu werden. Der Vorsitzende beauftragte darauf einen Schuhmann, die Frau zum Schuh vor Ende zu begleiten.

Nach § 9 des Stellenvermittlergesetzes kann die Erlaubnis zum Geschäftsbetriebe stets zurückgenommen werden, wenn sich die Unzuverlässigkeit des Vermittlers ergibt oder er sich wiederholt der Gebührenüberhebung schuldig macht. In diesem Fall soll der Träger des öffentlichen Arbeitsnachweises, hier also der Magistrat, einschreiten. Eine zweimalige Gebührenüberhebung genügt, um gegen den Schuldigen vorzugehen. Der Magistrat sollte nun nicht länger zögern, die im Gastwirtsgerber Beschäftigten von diesem Vermittler zu befreien. Vielleicht wäre es auch der Kommandantur möglich, zum Schutze der auf ihren Verdienst angewiesenen Kriegerfrauen und der später heimkehrenden Krieger einzugreifen.

(Besonderer Umstände halber zweimal zurückgestellt.)

Gedenktage Danziger Truppen.

- Grenadier-Regiment König Friedrich I. (4. Ostpr.) Nr. 5. 2. 1. 15. Borozymow. Das heiß umstrittene Gut Borozymow wird vom Regiment erstürmt. Dabei werden 500 Gefangene gemacht und vier Maschinengewehre erbeutet. 3. 1. 15. Regiment weist bei starker Erschöpfung die Versuchung der Russen, das Gut wieder zu gewinnen, blutig zurück.

Der Reichstag ist wieder zusammengetreten. Sowohl in der Budgetkommission als auch im Plenum fanden wichtige Verhandlungen statt. In der Budgetkommission stand vor allem die Frage der Zensur und des Belagerungszustandes auf der Tagesordnung. Das Plenum nahm neben der Erledigung seinerer Vorlagen eine Besprechung der Ernährungsfragen vor, die mehrere Sitzungen füllte. Am Montag brachte der Genosse Robert Schmidt-Berlin in einer längeren Rede die Wünsche unserer Parteigenossen zu den Ernährungsmaßnahmen zum Ausdruck. Genosse Schmidt stellte vor allem die Forderungen auf: 1. für bestimmte Nahrungsmittel muß ein einheitliches Verteilungssystem durchgeführt werden; 2. die Preisbildung muß der freien Konkurrenz entzogen werden; 3. bei der Preisfestsetzung darf nicht Rücksicht genommen werden auf Spekulationspreise, sondern auf die tatsächlichen Produktionskosten; 4. müssen Sicherungen getroffen werden gegen eine Verfälschung der Nahrungsmittel.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen beschäftigte sich Genosse Schmidt mit der Spekulation, die auf dem Lebensmittelmarkt zurzeit in weitestem Maße getrieben wird. Das Ueberbieten der Händler treibe die Preise fortwährend in die Höhe. Nicht die wilden Spekulations-, sondern Produktionspreise müßten zur Grundlage der Höchstpreise gemacht werden. Nachdem der Redner dann die Fleischversorgung besprochen und auf die Notwendigkeit von Butterarten hingewiesen hatte, schloß er mit Darlegungen über die ungeheuerlichen Gewinne der Lederfabriken.

Aus der Sitzung vom Dienstag waren besonders die Ausführungen des Unterstaatssekretärs Dr. Michaelis über die Neuregelung des Brot- und Getreidewesens von Bedeutung. Nachdem Herr Michaelis betont hatte, daß unsere Vorkämpfe bei entsprechender Einteilung keinen Anlaß zu Be-ürchtigung gäben, erklärte er, daß in letzter Zeit auf diesem Gebiete eine Laxheit eingegriffen sei, die durchgreifende Maßregeln nötig mache. Bei den Zusatzbrotarten beschränkte man sich nicht immer auf Schwerarbeitende. Es sei kein Witz, sondern wahr, daß auch Gymnasiasten Zusatzbrotarten für Schwerarbeitende bekamen. Es sei sehr allgemein verbreitet, auch in Berlin, daß z. B. die Dienstmädchen die Zusatzbrotarten bekommen, selbst in Häusern, wo es sehr möglich wäre, die Mahrung so zu gestalten, daß sie mit einfachen Brotarten auskämen. Kurz, es sei dahin gekommen, daß z. B. in Berlin, wo vor einem Jahre die Zahl der Brotarten 120 000 betrug, sie in diesem Jahre auf annähernd 730 000 gestiegen ist.

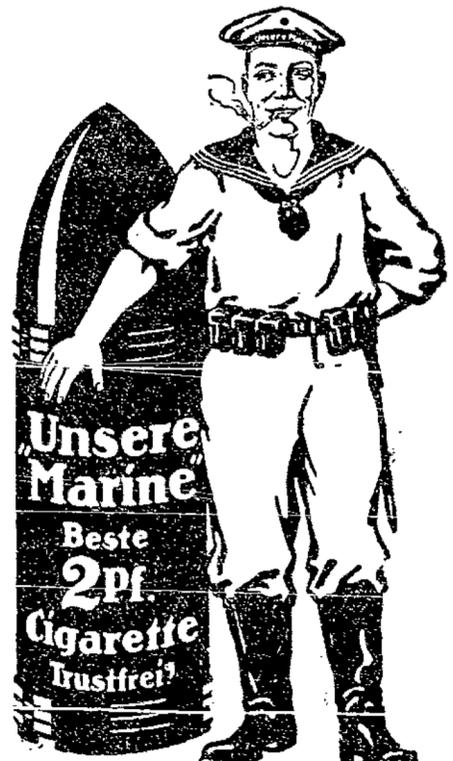
Unter diesen Umständen wird man die Beschränkungen, die am 1. Februar in Kraft treten, durchaus als gerechtfertigt halten müssen.

Sparbarkeit in den Gemeinden.

Der Finanzminister und der Minister des Innern in Preußen haben eine Verfügung an die Regierungspräsidenten hinausgegeben, in der anerkannt wird, daß die Gemeinden in den verflochtenen Kriegsmonaten ihre Pflichten voll erfüllt haben. Weiter wird dann bemerkt: „Man darf trotzdem nicht verkennen, daß den Gemeinden noch längere Zeit nach dem Kriege sehr erhebliche dauernde Lasten erwachsen werden. Trotzdem darf der Geldmarkt ungeachtet seiner günstigen Fällung nicht zu sehr von den Gemeinden in Anspruch genommen werden. Es muß deshalb die allgrößte Sparbarkeit und Zurückhaltung in den nicht unbedingt notwendigen und dringlichen Aufgaben geübt werden. Besonders gilt dies für Arbeiten und Veranstaltungen, die die Steuern und die Schuldenlast zu erhöhen geeignet sind. Häufig wird die Aus-führung von Gemeindebeschlüssen aus der Zeit des Friedens zurückgestellt werden können. Für die Ausführung öffentlicher Arbeiten ist die Ursache der Arbeitslosigkeit, wo diese galt, weggefallen. Wo öffentliche Arbeiten einen längeren Auf-schub vertragen können, aber schon während des Krieges vor-genommen werden, würden sie nach Schluß des Krieges fehlen. Die Gemeinden könnten dann dem Arbeitsangebot der zurück-kehrenden Krieger nicht durch Vornahme öffentlicher Arbeiten in hinreichendem Maße entsprechen. Es sind also schon jetzt Maßnahmen erforderlich, um einer Arbeitslosigkeit nach dem Kriege entgegenzutreten und vorzubeugen.“

Der preußische Landtag ist zu einer Tagung zusammen-berufen. Die feierliche Eröffnung erfolgte am Donnerstag mittag im Weißen Saale. Abgesehen vom Etat werden die Abgeordneten zunächst über zwei Vorlagen zu beraten haben, einmal den Gesetzentwurf, der eine Erhöhung der Steuerzu-schläge vorsieht, und sodann eine Vorlage, die eine weitere Summe von 110 Millionen Mark für Zwecke der Kriegswohlfahrtspflege fordert. Es handelt sich dabei um eine ähnliche Vorlage, wie sie bereits im vorigen Jahre vom Landtage ge-nehmigt ist. Hiernach erhalten die preußischen Gemeinden und Gemeindeverbände vom 1. Januar 1915 ab zu der Summe, die ihnen das Reich aus dem 200-Millionen-Fonds für Zwecke der Kriegswohlfahrtspflege zur Verfügung stellt. Die gleiche Summe vom Staat erlegt. Die vor Jahresfrist be-willigten 110 Millionen werden voraussichtlich bis Ende des Etatsjahres aufgebraucht sein, es ist also eine Neuauffüllung des Fonds erforderlich. Eine weitere Vorlage, das Fischerei-gesetz, wird dem Herrenhause zugehen.

Neuere Mitteilungen zu den Tabaksteuervorlägen. Der Generalanzeiger für Zigarren-, Zigaretten- und Tabakhandel will an maßgebender Stelle erfahren haben, daß die bisher-igen Mitteilungen über neue Tabaksteuern, die am 1 April d.J. in Kraft treten sollen, zum mindesten verfrüht sind. Die Re-gierung habe unter den vielen Vorschlägen ihre Entscheidung noch nicht getroffen. Am meisten Aussicht habe noch immer die Erhöhung der Banderole-Steuer. Die Mehreinnahmen durch Erhöhung des Zolles auf Zigarrentabak usw. werden selbst im Reichsschatzamt nur auf zirka 60 Millionen Mark geschätzt, da billige Tabake und mittlere Sorten nicht weiter be-lastet werden können.



Georg A. Jasmatzi Aktiengesellschaft Dresden

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Am 11. Januar wurde der neugewählte Stadtrat Dr. Hellwig vom Oberbürgermeister eingeführt. Dieser rühmte von dem neuen Magistratsmitglied, daß er kein Bureaukrat sei, sondern auf dem Standpunkt des Publikums stehe und wisse, daß er der Bürger wegen und nicht diese selbst wegen da seien.

Zum Vorsteher wurde Justizrat Keruth, als Stellvertreter die Stadtv. Bauer und Brunzen und als Schriftführer Stadtv. Fiebing wiedergewählt. Außer Keruth ist das Bureau somit konservativ besetzt. Der Versuch der Freisinnigen, Brunzen durch Professor Simson zu ersetzen, mißlang. Brunzen siegte in der Stichwahl mit 28 gegen 23 Stimmen.

Dem Verein Frauenwohl wurden als Zuschuß für die Fortbildung von Buchmacherlehrlingen jährlich 640 Mark bewilligt.

Die Milchpeterfähr wurde vom 15. Januar wieder der Aktiengesellschaft Weichsel überlassen. Sie nimmt die Fahrgebelde und erhält noch monatlich 1450 Mark Betriebszuschuß.

Eine Eingabe des Kriegsausschusses für Konsumenteninteressen, die die bessere Regelung der Lebensmittelversorgung forderte, wurde ohne weitere Verhandlung dem Magistrat als Material überwiesen.

Eine Eingabe von Grundbesitzern aus Heubude forderte Entschädigung wegen des zu hohen Grundwasserstandes auf den Rieckefeldern. Sie wurde schließlich nach langer Verhandlung dem Magistrat als Material überwiesen.

Ein Antrag des Magistrats wollte den Beamten und Lehrern eine einmalige Zulage geben. Die Beratung erfolgte zunächst in geheimer Sitzung, dann wurde sie wegen vorgeschickter Zeit vertagt.

Städtische Schweinemästung.

Wiederholt haben wir angeregt, daß die Stadt den Fleisch- und Fettmangel durch Züchtung und Mästung von Schweinen auf ihren Gütern bekämpfen möchte. Diese nicht nur für die ärmere Bürgererschaft hochwichtige Frage kam auch in der Stadtverordnetenversammlung am 11. Januar zur Sprache. Es wurde bemängelt, daß der Zuschuß für die Armen- und Arbeitsanstalt Pelonten in diesem Jahre noch 48000 Mark höher ist als früher. Der Stadtverordnete Brunzen wünschte deshalb die bessere wirtschaftliche Ausnutzung der Anstalt und empfahl die Einrichtung einer städtischen Schweinemast. Stadtv. Schmidt unterstützte den Vorschlag, damit

die Abfälle der städtischen Anstalten besser verwertet werden könnten. Oberbürgermeister Scholtz erklärte, daß der Magistrat die Frage ebenfalls erwogen und die Zahl der in Pelonten gehaltenen Schweine bereits von 14 auf 24 erhöht habe. Auch Stadtv. Rowalki forderte die Viehhaltung. Leider wurde ein Beschluß nicht gefaßt. Ein Verwaltungsausschuß für die Anstalt, dem der Oberbürgermeister widersprach, wurde leider mit 23 gegen 21 Stimmen abgelehnt.

Es ist bedauerlich, daß die wichtige Frage der Schweinemästung nicht praktisch gefördert wurde. In Pelonten könnten auch die Küchenabfälle der Einwohner am besten im Allgemeininteresse Verwendung finden. Bisher wurden bekanntlich diese wertvollen Futtermittel unentgeltlich dem Molkereibesitzer Dohm überlassen, der damit Schweine in größerer Zahl mästete und der Kriegshilfe dafür monatlich 1000 Mark überließ. Neuerdings scheint er den Betrieb ohne öffentlich bekannt gemachte Ursache aufgegeben zu haben. Der Magistrat suchte durch Inserate andere Abnehmer für die Abfälle. Dieser Wechsel war eine gute Gelegenheit, die Küchenabfälle tatsächlich der Bürgererschaft zuzuwende zu machen, indem sie von der Stadt selber verwertet würden. Dann würde sie auch niemals in die Ungelegenheiten kommen können, die ihr durch den Rücktritt eines Unternehmers bereitet werden.

Ein Kündigungsverbot für Hypotheken
wünschen die Danziger Hausbesitzer. In einer Eingabe des Haus- und Grundbesitzervereins an die Stadtverordnetenversammlung fordern sie, die Stadt möge ihren Einfluß geltend machen, daß der Bundesrat eine Verordnung erlasse, die innerhalb von zwei Jahren nach dem Friedensschluß die Kündigung von Hypotheken verbietet. Die Eingabe kam in der letzten Stadtverordnetenversammlung zur Verhandlung. Wie zu erwarten war, nahm die Aussprache einen beträchtlichen Umfang an. Ein Teil der Redner schilderte die Notlage der Hausbesitzer, die von Hypothekengläubigern und provisionslüsternen Vermittlern bedrängt würden, in recht trüben Farben. Massenkündigungen von Hypotheken und die Steigerung der Zinssätze nach dem Kriege wären unvermeidlich. Mit den Zinssätzen würden sich aber auch die Mieten erhöhen und schon aus Interesse für die Mieter müsse der Staat die Verordnung bezüglich des Kündigungsverbots der Hypotheken erlassen. Besonders interessant war in dieser Hinsicht eine Bemerkung des Stadtverordneten Fehrmann, der darauf hinwies, daß nach dem Kriege eine solche Verordnung nur

mit Zustimmung des Reichstages erlassen werden könnte. Fürchten die Hausbesitzer, daß das Parlament ihren Wünschen gegenüber nicht willfährig genug sein wird? Andere Redner bestritten, daß die Verordnung ein gangbarer Weg zur Abhilfe der Hausbesitzernöte sei. Zudem würden durch eine solche Maßnahme die kleinen Hypothekensparbanken sehr geschädigt. Das Gefühl, das durch die Verordnung in diesen Kreisen erweckt würde, würde auf dem Geldmarkt großes Mißtrauen hervorrufen und die Hausbesitzer noch auf viele Jahre schädigen. Der Magistrat, dem die Eingabe schließlich zur Berücksichtigung überwiesen wurde, will einsehen noch abwarten und die Meinung des Deutschen Stadttages in dieser Angelegenheit hören.

Bersäumt die Meldefrist nicht! Nach der Verordnung vom 30. 4. 15 (W. 1/4. 15. S. 2. A.) betreffend Bestandsmeldung und Beschlagsnahme für Metalle sind alle von der Verfügung betroffenen Personen und Gesellschaften verpflichtet, ihre Bestände fortlaufend alle zwei Monate an die Metallmeldestelle der Kriegsrohstoff-Abteilung des Königlich Preussischen Kriegsministeriums, Berlin W. 9, Potsdamer Straße 10 11, zu melden. Die Meldung erfolgt unter Benutzung der amtlichen Meldebögen für Metalle, für die Vorbrücke in den Bestandsanfragen 1. und 2. Klasse erhältlich sind, in der vorgeschriebenen Weise:

Die Einreichungsfrist für die am 1. 1. 16 fällig gemeldeten Meldungen läuft am 15. 1. 16 ab. Die Versäumung der Meldefrist ist mit Strafe bedroht.

Im Interesse der meldepflichtigen Personen, Gesellschaften usw. wird hiermit auf den Ablauf der Einreichungsfrist hingewiesen.

In der Volksfürsorge-Kriegsversicherungskasse sind bis zum Schlusse des Jahres 1915 für 43 560 Kriegsteilnehmer 64 090 Anteilsscheine erworben und dafür im ganzen 320 450 Mark eingezahlt worden, welcher Betrag restlos nach Schluß des Krieges unter den Familien der gefallenen oder an den Folgen des Krieges gestorbenen Kriegsteilnehmer zur Verteilung gelangt.

Hierzu eine Beilage.

Verantwortlicher Redakteur Gustav Schröder, Danzig
Verlag Volkswacht J. Gehl u. Co., Danzig
Druck Königsberger Volkszeitung, G. m. b. H., Königsberg i. Pr.

Bekanntmachung.

In Ergänzung der Bekanntmachung vom 18. Dezember 1915 betreffend das Verbot der Verabfolgung von Milch an russische Saisonarbeiter und Arbeiterinnen wird hiermit für den Bereich des XVII. Armeekorps gemäß § 9 des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. 6. 1851 und 11. 12. 1915 (R. G. Bl. S. 813) folgendes bestimmt:

Ausnahmen von dem Verbot können durch den zuständigen Regierungspräsidenten bewilligt werden.

Danzig, Graudenz, Thorn, Kulm, Marienburg,
den 6. Januar 1916.

Stellvertretendes Generalkommando XVII. Armeekorps.

Der kommandierende General

gep. v. Schack, General der Infanterie.

Der Gouverneur der Festung Graudenz.

gep. v. Hennigs, Generalleutnant.

Der Gouverneur der Festung Thorn.

gep. v. Diekhoff-Harrach, Generalleutnant.

Der Kommandant der Festung Danzig.

gep. v. Pfuel, Generalmajor.

Der Kommandant der Festung Kulm.

gep. v. Büchau, Generalmajor.

Der Kommandant der Festung Marienburg.

gep. Fretz v. Rechenberg, Generalmajor.

Bekanntmachung.

Verbot von Ausverkäufen für Web- und Wirtwaren.

Auf Grund des § 9b des preussischen Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 bezw. des § 4 des bayerischen Gesetzes über den Kriegszustand vom 5. November 1912, des Reichsgesetzes vom 11. Dezember 1915 in Verbindung mit der Allerhöchsten Kabinettsorder vom 21. Juli 1912, den Uebergang der vollstehenden Gewalt auf die Militärbehörde betreffend, werden hiermit im Interesse der öffentlichen Sicherheit für den Monat Januar jede Art von Sonderausverkäufen von Webwaren oder Saisonausverkäufen, sog. Weiße Wachen, oder Tage, Wochenspende- und Kellern-Wochen oder Tage sowie Verkauf von Bekleidungsgegenständen von herabgegangenen Preisen für Web- und Wirtwaren und hieraus konfektionierte Gegenstände und für alle Strickwaren verboten. Uebertretungen werden mit Gefängnis bis zu 1 Jahre oder bei Vorliegen mildernder Umstände mit Haft bis zu 3 Wochen oder Geldstrafe bis 1500 Mark bestraft.

Danzig, Graudenz, Thorn, Kulm, Marienburg,
den 4. Januar 1916.

Stellvertretendes Generalkommando XVII. Armeekorps.

Der kommandierende General

gep. v. Schack, General der Infanterie.

Der Gouverneur der Festung Graudenz.

gep. v. Hennigs, Generalleutnant.

Der Gouverneur der Festung Thorn.

gep. v. Diekhoff-Harrach, Generalleutnant.

Der Kommandant der Festung Danzig.

gep. v. Pfuel, Generalmajor.

Der Kommandant der Festung Kulm.

gep. v. Büchau, Generalmajor.

Der Kommandant der Festung Marienburg.

gep. Fretz v. Rechenberg, Generalmajor.

Echt garantiert reingekachelten

Schnupftabak

aus erstklassigen Kentuckyblättern empfiehlt die Schnupftabakkachelei

Julius Gosda, Danzig

Rohrhabakhandlung,

Häkergasse 5, II. Priestergasse Nähe der Markthalle.

Bekanntmachung.

Hilfsbereite Männer aller Berufsclassen von guter Führung, welche entweder völlig militärdienstfrei oder dauernd garnisondienst- oder arbeitsverwendungsfähig sind und die bereit sind, der freiwilligen Krankenpflege ihre Kräfte zu widmen, können sich werktäglich in der Zeit zwischen 9 und 1 Uhr im Oberpräsidium, Zimmer Nr. 91, unter Vorlegung ihrer Militärpapiere melden.

Danzig, den 29. Dezember 1915.

Der Territorialdelegierte
der freiwilligen Krankenpflege für Westpreußen.
Oberpräsident v. Jagow.



**No 18
J. Borg**

ges. geschützt
mit Mundstück und Goldmundstück
ist und bleibt die

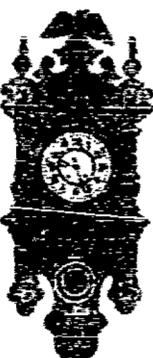
beste 2 Pfg.-Zigarette.

Eine
willkommene Liebesgabe
für unsere Krieger
im Felde.

Überall erhältlich.

Zigarettenfabrik Stambul

J. Borg G. m. b. H. Danzig.



Uhren

mit 3jähriger schriftl. Garantie

Silberne Herrenuhren . . . von Mk. 7,50

Silberne Damenuhren 7,50

Goldene Damenuhren 14,50

Bester in allen Preislagen.

S. Lewy Nflgr.

Uhrmacher, nur Breitgasse 28.

Der Verband der Kupferschmiede Deutschlands

(Filiale Danzig)

veranstaltet am

Samstag den 23. Januar 1916

im Lokale der Witwe **Steppuhn**, Café
Bürgergarten, Karthäuserstraße, zum Besten
seiner im Felde stehenden Verbandskollegen
einen

Unterhaltungabend

mit Musik und Theater-Vorstellungen,

unter gütiger Mitwirkung des Gesangsvereins Sängergesang, sowie der
Gewerkschaften sowie Freunde und Bekannte herzlich eingeladen werden.

Billets sind im Vorverkauf im Zigarrengeschäft des Herrn **Sellin**,
Schiffeldamm Nr. 56, sowie an der Kasse à 40 Pfennig zu erhalten.

Kassenöffnung 4 Uhr. Anfang des Konzerts 5 Uhr.

Der Vorstand.

Pfaff-Nähmaschinen

mustergültig für

Gewerbe u. Heimarbeit



Herm. Wilken & Söhne

Heilige Geistgasse 127 — Fernsprecher 1237

Feldstecher — Brillen



Beste Feldstecherlampen

stärkste Batterien 489

Otto Hamann, 1. Damm

Nr. 3.

Anfertigung

von eleg. und einfachen Damen-
und Kinderkleidern, Röcken,
Blusen, Kostümen, Modernis.
(Trauerkleider in 24 Stunden.)
Solide Preise. 1483

Ziegegasse 12, 1. Etz.

Trotz des Mangels an Roh-
stoffen verlaufe noch kurze Zeit
Weiße Schmierseife . . . 3fr. 40
Gelbe Schmierseife . . . 48
Sehr gute Stangenseife . . 80
Breite freibleibend!
Verfand gegen Nachnahme!
Bargmann, Riel, Hohen-
staufenring 37.

Prima Fruchtarmelade

in reinem Zucker äußerst feinf
ergiebig eingekocht, schmeck
natur pikant!

50 Kilo 45 Mk.!

Volksarmelade 50 Kilo 30 Mk.

Bargmann, Riel, Hohen-
staufenring 37.

Friseurlehrling

für dreijährige Lehrzeit gesucht

Paul Zilisch

Engl. Damm 28.

Gelesene Nummern

der Volkswacht
werfe man nicht
achlos fort.
::: sondern lasse sie uns noch Fernstehenden zukommen :::